

Gustav Heinemann - Als Christ in der politischen Verantwortung



Abb. 40: Die Gründung der "Notgemeinschaft für den Frieden in Europa"

„Was ich geworden bin, bin ich trotz aller Schulerziehung geworden. Gar nicht ausmalen kann ich mir, was aus mir geworden sein würde, wenn man zu Hause ebenso mit mir verfahren wäre wie in der Schule. Ob ich wohl jemals gelernt hätte, durch geistige Freiheit und Unabhängigkeit alles zu überwinden?“¹

Der diese Sätze gesprochen hat, stand auf der Seite der Jugend - eindeutig. Und doch hat ihn die Jugendhaftigkeit seines Denkens nicht davor bewahrt, vergessen zu werden. Zum Teil haben die Älteren dazu beigetragen. Denn seine Reden, so klassisch sie sein mögen, finden sich in keinem heutigen Schulbuch.

Wer war Gustav Walter Heinemann?

Am 23.7.1899 wurde er im südlichen Ruhrgebiet, in Schwelm, geboren. Sein Vater Otto Heinemann (1864-1944) war der Sohn eines Metzgermeisters, seine Mutter Johanna Walter (1875-1962) eine von sechs Töchtern eines Dachdeckermeisters. 1900 zogen die Heinemanns nach Essen, wo der Vater Angestellter bei der Firma Krupp wurde. Der Stadt Essen blieb Heinemann, sieht man von der Zeit seines Studiums einmal ab, stets treu. Hier lebte er und engagierte sich in Kirche und in Politik. Von 1933-1948 war er Presbyter der Altstadt-Kirchengemeinde, 1936-1950 Vorsitzender des CVJM und 1946-1949 Oberbürgermeister. In Essen starb er auch am 7.7.1976.



Gustav Heinemann studierte gerade an der Universität in Marburg Rechts- und Staatswissenschaften, als die junge Weimarer Republik gleich zu Beginn durch einen Putschversuch von Rechts erschüttert wurde.

Angesichts des deutlich spürbaren Rechtsdrucks, der auf eine Zerstörung der Weimarer Republik zielte, schrieb Heinemann am 31.12.1919 in sein Tagebuch:

„Wir müssen die Demokratie und die Republik aufnehmen in unser Fühlen und Denken; wir müssen Demokraten und Republikaner sein, oder wir werden nicht mehr sein!“²

Und am 18.3.1920, fünf Tage nach Beginn des Kapp-Putsches, folgerte er: „Wir müssen den Übergang finden in den nicht geschichteten, klassenlosen Kulturstaat. Die Zukunft gehört ihm, denn die Arbeiterschaft, die Masse ist endgültig mitbestimmend, vielleicht gar ausschlaggebend in die Geschichte eingetreten.“³

Ihm war offenbar klar, daß eine Demokratie, die zwar in der Verfassung verankert war, aber in der Lebenswirklichkeit ihrer Bürger keine Rolle spielte, nicht von Dauer sein konnte. Für einen Jurastudenten war es zu Beginn der Weimarer Republik eher ungewöhnlich, sich für „Mitbestimmung“ einzusetzen und sich so deutlich für die Arbeiterschaft auszusprechen.

In weltanschaulicher Hinsicht war der junge Heinemann auf der Suche. Zwar nahm er, wie es sein Tagebuch zeigt, während seiner Studienzeit an Versammlungen des freidenkerischen Monistenbundes teil, aber dennoch glaubte er, seine Kraftquelle noch nicht gefunden zu haben. Er fühlte sich „wie ein ruheloser Wanderer“ und mußte „weiter suchen und suchen“.⁴

Der Wegbereiter zum Verständnis des Evangeliums scheint für Heinemann der Essener Pfarrer Friedrich Graeber (1884-1953) gewesen zu sein. Während seiner Tätigkeit als Justitiar und Prokurist der Rheinischen Stahlwerke in Essen lernte er Pfarrer Graeber kennen: „Graeber konnte nicht nur predigen, daß die Fetzen flogen, er konnte auch einer Kuh beistehen, die Blähungen hatte. Er konnte nicht nur Gottesdienst halten, sondern auch bedürftige Bauern ansiedeln und kranke Kumpels verarzten... Graeber interpretierte das Evangelium so realistisch, daß es seinen Zuhörern nicht schwer wurde, ihre eigene Situation darin zu erkennen. Mich ergriff diese Nüchternheit, mit der der Mensch gesehen wird in der Bibel, diese totale Nüchternheit. Er ist für mich deshalb der Wegbereiter zum Verständnis des Evangeliums gewesen, weil er alles und jedes mit der Inanspruchnahme seiner Hörer für eigene Aktivität zu verbinden wußte.“⁵

Aktiv im Kirchenkampf

Als Presbyter in der Essener Altstadtgemeinde arbeitete Heinemann zur Zeit des Nationalsozialismus gegen die national-völkische Theologie der „Deutschen Christen“. Auf der Barmer Synode im Mai 1934 bekannte er sich zur ‚Barmer Theologischen Erklärung‘ und deren Absage an den Nationalsozialismus und Hitler als dessen sichtbarer Führer-Gestalt, die jede Möglichkeit einer Vereinnahmung der christlichen Kirche und Theologie ausschloß.

Als Pfarrer Graeber am 20. Februar 1934 durch das deutsch-christliche Konsistorium in Düsseldorf gegen den Willen seiner Gemeinde samt dem Presbyterium von seinem Amte enthoben wurde, gründete man die ‚Freie Evangelische Presbyterianer Gemeinde‘ und hielt die Gottesdienste im Kirchensaal der Börse ab⁶. Heinemann gehörte als Presbyter zu dieser der Bekennenden Kirche nahestehenden Basisgemeinde. Er erlebte die Bekennende Kirche als einzige Großorganisation dieser Zeit, die nicht mit dem Regime „gleichgeschaltet“ war. Gerade in ihr blieben basisdemokratische Strukturen durch die Organisation von „unten“, von den Kirchengemeinden her, erhalten⁷. Als die Leitungsgremien der Bekennenden Kirche ihre Basisnähe aufgrund konfessioneller Streitigkeiten zu verlieren drohten, trat Heinemann von seinen überregionalen Ämtern 1938/39 zurück und konzentrierte sich ganz auf den Kirchenkampf in Essen.

Nach 1945 sah Heinemann den Deutschen Evangelischen Kirchentag als wichtiges, gemeindenahes Forum an: „Es kommt darauf an, daß von unten, das heißt von den Gemeinden heraus die Kräfte aktiviert werden, die die kirchliche Restauration brechen wollen. In solchem Sinne betrachte ich beispielsweise den Evangelischen Kirchentag, von dem ja Meiser⁸ genügend Unheil wittert.“⁹



Ein unbequemer Politiker

Gustav Heinemann war ein unbequemer Politiker. Im Laufe seines Lebens sympathisierte er mit fünf Parteien: In der Weimarer Republik mit der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und seit 1930 mit dem Christlich-Sozialen-Volksdienst (CSVD); nach 1945 mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), die er zum Teil mitbegründete (CDU, GVP).

Darüber hinaus war er Mitbegründer und Mitglied verschiedener überparteilicher Organisationen, wie zum Beispiel der ‚Notgemeinschaft für den Frieden Europas‘, die 1951 ins Leben gerufen wurde, um einer von der Regierung Adenauer intendierten Westintegration der BRD auf Kosten der Einheit Deutschlands und eines nicht ausschließbaren Krieges entgegenzuarbeiten. Obwohl ihm die Wechsel der Parteien oft zum Vorwurf gemacht wurden, sagte er 1968 an die Jugend gerichtet in einem Interview:

„Ich mache ihnen [den Jugendlichen] Mut, indem ich ihnen sage, habt doch nicht den Ehrgeiz, daß ihr, wenn ihr jetzt als 20jährige in eine Partei eintretet, als 70- oder 80jährige mit derselben Parteifahne beerdigt werden müßt. Das mag sich finden, Schritt für Schritt, ob ihr darin verbleibt oder, je nach dem, bitte, es ist ja nicht für alle Ewigkeit festgelegt, einmal überwechselt.“¹⁰

Für Heinemann waren die Parteien ein Mittel zum Durchsetzen politischer Ziele, die eine Gruppe gemeinsam erreichen will. Parteien sollten den Bürgern dienen und nicht die Bürger den Parteien. Von den Befürwortern einer repräsentativen Demokratie, die allein von Parteien getragen ist, wird Heinemann häufig durch folgendes Zitat aus dem Jahre 1951 wiedergegeben:

„Wenn der Christ an der Ausübung der Macht des weltlichen Regimentes beteiligt sein darf, so kann ihm auch der Weg zur Macht nicht verschlossen werden. In demokratischen Staaten führt dieser Weg über die Parteien und das Parlament. Ich halte die Beteiligung von Christen an politischen Parteien und ihren Kampf um die Macht deshalb nicht nur für erlaubt, sondern sogar für geboten, um gerade auch in der politischen Führung der Völker und ihren Regierungen verantwortungsfähige Menschen zur Geltung zu bringen.“¹¹

Hier ist aber zu beachten, daß Heinemann mit diesen Worten, die er vor einem kirchlichen Publikum aussprach, besonders jenen Kritikern aus der Kirche widersprach, die die Ansicht vertraten, Politik sei gut, Parteipolitik hingegen schlecht. Im Grunde hatte er Bedenken gegen eine Demokratie, die ausschließlich durch Parteipolitiker „repräsentiert“ wird. Deswegen forderte er unablässig die Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz; vor allem auch, als es 1950 um die Frage der Wiederaufrüstung ging: „Wir werden unser Volk nur dann demokratisch machen, wenn wir Demokratie riskieren. Wenn in irgendeiner Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es in der Frage der Wiederaufrüstung sein.“¹²

Im Kampf um mehr Demokratie

Gustav Heinemann rief nicht nur andere auf, Demokratie zu wagen; er versuchte sie selbst konsequent zu leben, auch wenn es mit persönlichem Machtverzicht verbunden war. So trat er am 9. Oktober 1950 von seinem Amt als Bundesinnenminister zurück und schied aus dem Kabinett Adenauer aus, weil der zur Alleinherrschaft neigende Bundeskanzler sich wieder einmal als unfähig erwies, dem Kabinett demokratisch vorzustehen. In diesem entscheidenden Fall hatte Adenauer sich in der amerikanischen Presse positiv zu einem Wehrbeitrag der Bundesrepublik im westlichen Verteidigungsbündnis ausgesprochen, ohne den dafür zuständigen Innenminister Heinemann, der in der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik eine andere Meinung vertrat, auch nur zu informieren, geschweige denn seine Kompetenz anzuerkennen. Während Adenauer zum Teil mit antikommunistischen Vorurteilen eine Westintegration der Bundesrepublik selbst dann zu forcieren bereit war, wenn die Teilung Deutschlands die Folge sein würde, ging es Heinemann in erster Linie um den Erhalt der Einheit Deutschlands. Darüber hinaus lehnte er einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik entschieden ab: Ein Volk, dem Gott zweimal die Waffen aus der Hand geschlagen hat, sollte sich genau überlegen, ob es sie zum dritten Mal in die Hand nimmt. Am 13. Oktober 1950 begründete Heinemann seinen Rücktrittsentschluß: „Wo die dem Kanzler obliegende Bestimmung der politischen Richtlinien so verstanden wird, daß eine gemeinsame echte Willensbildung nicht stattfindet, und



wo jeder nur mit Vorwürfen zu rechnen hat, der sich den Richtlinien nicht willig fügt, möchte und kann ich keine Mitverantwortung tragen.“¹³ Heinemanns Begründung für seinen Rücktritt wurde, übrigens, obgleich es an alle Tageszeitungen gesandt wurde, lediglich von zwei Blättern ganz abgedruckt. Lag das wirklich nur an der damals herrschenden Papierknappheit, wie später gesagt wurde¹⁴? Über die Funktion, die Adenauer Heinemann zuwies, als er ihn in sein Kabinett holte, hatte der Bundesinnenminister sich von Anfang an keine Illusionen gemacht: „Ich war ihm als Person oder als Fachmann für das Innenministerium längst nicht so wichtig wie als Stimmenfänger für den evangelischen Teil.“¹⁵

Enttäuschend blieb für Gustav Heinemann allerdings, daß nach seinem Parteiaustritt aus der CDU und im Zuge seiner Aktivität in der Gesamtdeutschen Volkspartei die Evangelische Kirche in Deutschland ihn als Präses ihrer Synode fallen ließ. Damit bewiesen ihre Vertreter auf der Synode zu Espelkamp 1955 einmal mehr ihre Verhaftung in autoritäre Strukturen als ihre Reife zur Demokratie. Es muß peinlich für Heinemanns Gegner gewesen sein, als er ihnen nachwies, mit zweierlei Maß zu messen: „Verehrte Synodale, und das bitte ich nun in aller Freundlichkeit mir jetzt abnehmen zu wollen: So geht es keinesfalls! (Beifall) Die erste Synode besetzte dieses Amt 1949 wissentlich mit einem Mann, der zugleich in der Parteipolitik stand, und sie ließ es unbeanstandet, ja sie begrüßte es in der Fülle ihrer Mitglieder, daß sich mit diesem kirchlichen Amt alsbald darauf ein regierendes Amt im politischen Feld verband. Darf nun solche Verkoppelung nicht mehr sein, wenn die politische Betätigung in die Opposition führt? Darf sie nicht mehr sein, so frage ich weiter, wenn sich der politische Wahlerfolg in die Wahlniederlage verwandelt?“¹⁶

1952 war Gustav Heinemann, der einst die CDU mitbegründet hatte, aus dieser Partei ausgetreten. Seine Vorstellungen von demokratischer Politik fanden in ihr keinen Raum mehr.

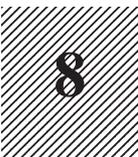
Heinemann gründete jetzt mit politischen Freunden¹⁷ die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), deren grundlegende Zielsetzungen er wie folgt umschrieb:

„Die zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik sehen wir in der Erhaltung des Friedens und der Wiedervereinigung unseres Volkes in einem einheitlichen Staatswesen, welches Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde zur Grundlage seiner Ordnung hat. Deutschland als Land der Mitte und ohne koloniale Bindungen muß aus dem militärischen Aufmarsch Nordamerikas und der Sowjetunion herausbleiben.“¹⁸ Der erste Teil dieses Postulates ist 1989/1990 durch die Initiative der von Heinemann hoch bewerteten Bürgerbewegungen der DDR in Erfüllung gegangen. Die Erfüllung des zweiten steht, was die Bindung Deutschlands an Nordamerika angeht, nach wie vor aus.

Aber auch andere Passagen des Manifestes sind nach wie vor aktuell und treffend: „Der äußere Aufschwung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die sozialen Spannungen größer sind als zuvor. Man kennt untereinander keine Solidarität, verkoppelt Gruppeninteressen mit Weltanschauungen, mißbraucht das Christentum zu politischen Zwecken ... Immer noch und schon wieder werden Menschen wegen ihrer politischen Anschauungen verdächtigt und benachteiligt. Von Regierung und Parlament fehlt die lebendige Brücke zum Volk. Wertvolle Kräfte der jungen Generation liegen brach.“¹⁹

Bei den Bundestagswahlen 1953 erreichte die kleine und junge Partei zwar 1,16 Prozent der Stimmen, aber für den Einzug in den Bundestag reichte dies nicht aus. 1957 löste sich die GVP auf und trat mit der Mehrheit ihrer Mitglieder in die SPD ein.

Schon ein Jahr später wurde Gustav Heinemann in den Parteivorstand der SPD gewählt. Von 1966-1969 war er Bundesjustizminister in der Regierung der großen Koalition. Die von ihm verantwortlich gestaltete Justizreform brachte unter anderem Verbesserungen im Strafrecht (Abschaffung von Zuchthausstrafen, Abschaffung von Kurzzeitstrafen, Rücksichtnahme auf das Grundrecht der Glaubensfreiheit auch bei Gefangenen, die einer nichtchristlichen Religionsgemeinschaft angehören u.a.), die juristische Gleichstellung außerehelicher Kinder, die Aufhebung der Bestrafung homosexueller Männer, die Aufhebung der Verjährung bei NS-Verbrechen und die Zulassung freier Bekenntnisschulen. Gleichwohl wußte Heinemann, daß weitere dringende Arbeiten am Haus der Demokratie verrichtet werden müssen, um aus dem Rohbau eine Wohnung zu machen. Als Aufgaben nannte er unter anderem den Umweltschutz (1956!), die Reform des Militärseelsorgevertrages (1957), die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (1968) und die generelle Abschaffung des Eides (1969)²⁰.



„Er sah deutlich, wie das, was getan werden muß, nicht getan werden kann, weil allzu viele unter denen, die an den verschiedenen Hebeln der Macht sitzen, es nicht tun wollen oder nicht getan haben wollen. Und neben den Sorgen um die Menschheitszukunft nagte in den letzten Jahren in ihm der Kummer darüber, daß anstelle der Erziehung zum Bürgermut, der er hatte dienen wollen, Erziehung zur Bürgerfeigheit sich ausbreitet und gefördert wird.“²¹

Heinemanns Reformen waren aber nicht alle unumstritten. So wurde seine Einstellung zum Abtreibungsparagrafen 218 Strafgesetzbuch ebenso kritisiert wie die Verabschiedung der von ihm verantwortlich erarbeiteten Notstandsgesetze 1968. Es war mehr als ein Zeichen, daß sich Heinemann während seines Aufenthaltes in Berlin, als er zum Bundespräsidenten gewählt wurde, mehrmals Zeit zu ausführlichen Gesprächen mit linksradikalen Studenten nahm, „nicht erpicht darauf, sie zu belehren, sondern darauf zu hören und zu verstehen, was sie bewegt ...“²²

Auch bei seinen Staatsbesuchen im europäischen und außereuropäischen Ausland war der Bundespräsident darum bemüht, nicht etwa die deutsche Vergangenheit einfach auszuradieren oder glatt zu bügeln, sondern trotz und mit dieser Geschichte eine Aussöhnung der Deutschen mit den Völkern des Ostens und Westens zu erzielen. Schon in einer seiner ersten Reden als Bundespräsident zum 30. Jahrestag des Kriegsbegins wies er auf dieses Ziel schon unmißverständlich hin: „Wie lange bleiben wir noch ein gespaltenes Volk über der europäischen Scheidelinie zwischen den Blockmächten in West und Ost? Wie lange bleibt Berlin die zerschnittene Stadt? Wann wird Europa zu einer Ordnung des Friedens und zu einer eigenständigen Funktion in der Welt kommen? Auf solche und andere Fragen gibt es bis heute, 30 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, noch keine Antwort. Eines aber liegt klar zutage. Keine dieser Fragen wird sich lösen, wenn wir nicht mit allen Nachbarn zu einer Aussöhnung kommen und neues Vertrauen zueinander gewinnen ... Wir müssen einen neuen Anfang zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn, zumal mit Polen, setzen.“²³

Und so war es Heinemann, der als offizieller Vertreter der Bundesrepublik jene Länder besuchte, die im Westen und Norden von Hitlerdeutschland überrannt worden waren: Holland, Dänemark und Norwegen.

In Heinemanns Interesse lag es aber nicht allein, eine deutsche Aussöhnung mit Europa und der Welt voranzutreiben. Er bedachte die Zukunft mit und sah, daß spätestens im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel Krieg keine Möglichkeit mehr sein darf. Deshalb ließ er sich trotz aller sogenannten ‚protokollarischen Schwierigkeiten‘ - wie fehlender Wille diplomatisch umschrieben wird - nicht davon abbringen, während seines Japanbesuchs 1971 in Hiroshima einen Kranz niederzulegen, um an jenes schreckliche Inferno vom August 1945, die amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, zu erinnern.

Der Bürgerpräsident

Gustav Heinemann war der wohl unbequemste Präsident den die Bundesrepublik Deutschland bisher hervorgebracht hat. Er selbst nannte sich auch lieber „Bürgerpräsident“, weil er den Menschen des Staates zuerst und dadurch dann dem Staat dienen wollte. Ein Zitat (als Beispiel für viele) zeigt, warum er von Politik, Wirtschaft und Kirche häufig kritisiert worden ist: „Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“²⁴

Gustav Heinemann blieb nur für eine Wahlperiode Bundespräsident. „Man soll gehen, solange man noch laufen kann. Und damit Schluß“, sagte er begründend. Im Grunde aber fühlte er sich einsam in diesem höchsten Amt. Der größte Teil des Tagesablaufs war vorgegeben. Heinemann beschrieb einem seiner Freunde gegenüber einmal seine Gefühle: Er fühle sich wie ein Strafgefangener im offenen Vollzug. Zum selben Freund sagte er Silvester 1974: „Ich bin froh, daß ich’s anständig überstanden habe.“

Mit seinem Testament setzte Gustav Heinemann schließlich ein monumentales Zeichen seines anti-nationalistischen, basisnahen Demokratieverständnisses. Er verbat sich nicht nur die am Sarge der Staatsoberhäupter übliche Ausstellung von Orden ausdrücklich, sondern er wollte gerade auch solche Personen





beim Staatsakt anlässlich seines Todes anwesend wissen, die in der Bundesrepublik gesellschaftlich an den Rand gedrängt sind: ausländische Mitbürger, Schwerkriegsbeschädigte, körperlich Behinderte, Soldaten, Zivildienstleistende.

Als Gustav Heinemann am 1. Juli 1969 das Amt des Bundespräsidenten übernahm, beendete er seine erste Rede mit folgenden Sätzen: „Nicht weniger, sondern mehr Demokratie - das ist die Forderung, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben. Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland. Hier leben und arbeiten wir. Darum wollen wir unseren Beitrag für die eine Menschheit mit diesem und durch dieses unser Land leisten.“²⁵

Matthias Schreiber

1. Helmut Lindemann, Gustav Heinemann, Ein Leben für die Demokratie, München 1978, S. 27; vgl. auch Gustav Heinemann, Argumente für ein Leben in Verantwortung, Kleine Textauswahl mit einem Essay von Matthias Schreiber (Hrg. im Auftrag des Vereins zur Erforschung der Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrgebiets e.V.), Bochum 1991.
2. Gustav W. Heinemann, Wir müssen Demokraten sein. Tagebuch der Studienjahre 1919-1922, hgg. von Brigitte und Helmut Gollwitzer, München 1980, S. 36.
3. A.a.O., S. 49.
4. A.a.O., S. 138.
5. Günther Klempnauer, Über Lebenschancen - Prominenteninterviews, Wuppertal 1970, S. 8.
6. Vgl. Bekennende Kirche in Essen 1933-1945, hg. von Ines Plaga, B. Mauß, Essen 1984, S. 34ff.
7. Zu Heinemanns Rolle im Kirchenkampf vgl. Werner Koch, Heinemann im Dritten Reich. Ein Christ lebt für morgen, Wuppertal ²1972.
8. Hans Meiser (1881-1956) war von 1933-1955 Landesbischof der bayerischen Kirche.
9. Brief an Gertrud Staewen vom 20.1.1950; Friedrich-Ebert Stiftung Bonn, Nachlaß Gustav Heinemann.
10. Günter Gaus, Gustav Heinemann „Zu Protokoll“, in: Gustav W. Heinemann, Plädoyer für den Rechtsstaat. Rechtspolitische Reden und Aufsätze, Karlsruhe 1969, S. 82f.
11. Gustav W. Heinemann, Reden und Schriften, Frankfurt/M 1977, Bd. II, S. 105f.
12. Reden und Schriften, Bd. III, S. 106; vgl. Gustav W. Heinemann, Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot. Rechtspolitische Schriften, hg. von Jürgen Schmude, München 1989, S. 110.
13. Reden und Schriften, Bd. III, S. 106f.
14. So zum Beispiel Helmut Lindemann, (s. Anm. 1), S. 109.
15. In: a.a.O., S. 96.
16. In: Espelkamp 1955. Bericht über die erste Tagung der zweiten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 6. bis 11. März 1955, Hannover, o.J., S. 68ff.
17. Zur GVP gehörten u.a.: Helene Wessel, Erhard Eppler, Diether Posser, Johannes Rau, Arnold Haumann; zur GVP vgl. auch die Monographie Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957, Düsseldorf 1990.
18. Manifest der GVP 1952; vgl. dazu auch a.a.O., S. 250ff.
19. Manifest der GVP 1952, vgl. ebd.
20. Vgl. dazu Lindemann, (s. Anm. 1), S. 208 sowie Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 503.
21. Zitiert aus der Traueransprache Helmut Gollwitzers für Gustav Heinemann am 12. Juli 1976, abgedruckt in: Junge Kirche, Beiheft zu Heft 10/1976 (Stimmen zum Tode von Gustav W. Heinemann), S. 41.
22. In: Helmut Gollwitzer, Gustav Heinemann - Christ und Politiker, in: Gustav W. Heinemann. Bundespräsident, Bonn 1971, S. 8f.
23. Reden und Schriften, Bd. I, S. 89ff.
24. A.a.O., S. 14.
25. A.a.O., S. 19f.

